Fraktion DIE LINKE im Landtag Sachsen-Anhalt

Magdeburg, 20. Januar 2015

Wirtschaftliche Entwicklung in Sachsen-Anhalt

Im letzten Jahr der Legislaturperiode werden Wirtschaftsdaten eine naturgemäß wichtige Rolle spielen. Die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes, das Bruttoinlandsprodukt (BIP), Entwicklung von Löhnen und die Arbeitslosenquote sind als Indikatoren für den Erfolg oder Misserfolg einer Regierung heranzuziehen. Die seit 2002 in Sachsen-Anhalt regierende CDU wird mit jeder Kennziffer versuchen, ihre Wirtschaftspolitik als Erfolg zu verkaufen. Aufgabe der Opposition ist es, diese Zahlen zu prüfen und auch aufzuzeigen, wo Erfolg nur die halbe Wahrheit ist. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn sinkende Arbeitslosenzahlen mit einem Zuwachs an prekärer Beschäftigung und Leiharbeit einhergehen. Es ist wichtig, beide Seiten zu betrachten, Erfolge anzuerkennen, wo sie vorhanden sind und dorthin zu zeigen, wo das Land noch immer Nachholbedarf hat zu anderen ostdeutschen Bundesländern, die trotz vergleichbaren Bedingungen zuletzt erfolgreicher waren als Sachsen-Anhalt. Es geht darum, eine saubere Bestandsaufnahme vorzunehmen.

I. Der Einfluss einer Landesregierung auf die wirtschaftliche Entwicklung

Im Vergleich zu einem Mindestlohn, zu außenpolitischen Krisen mit Sanktionen, zu bundespolitischen Reformen, ja sogar zu Witterungsbedingungen wie einem harten Winter, muss die Rolle einer Landesregierung bei der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und der Steigerung des Wirtschaftswachstums bescheiden betrachtet werden. Laut aktuellem Mittelstandsbericht bestanden im Jahr 2013 in Sachsen-Anhalt 57.802 Betriebe mit mindestens einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten. Mit dem Hauptinstrument der Wirtschaftsförderung, der GRW (Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“), wurden im selben Jahr 136 Betriebe gefördert – 21 Betriebe erhielten 60 Prozent aller der Fördermittel. Auch die Senkung der Arbeitslosigkeit ist nicht zwingend ein Zeichen erfolgreicher Regierungsarbeit auf Landesebene, sondern kann zahlreiche andere Ursachen haben.

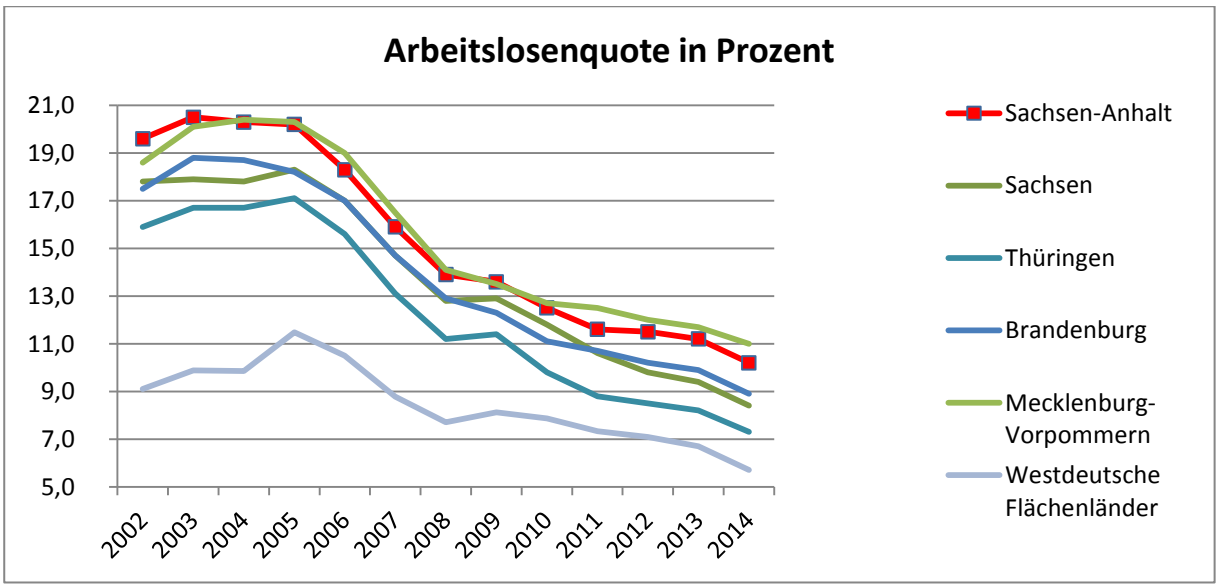
II. Arbeitslosigkeit und Bevölkerung

Der Ministerpräsident und frühere Wirtschaftsminister des Landes Sachsen-Anhalt behauptet, die Senkung der Arbeitslosigkeit unter die 10%-Marke sei ein Erfolg der CDU-Arbeitsmarktpolitik im Land seit 2002. Beim Blick auf die Zahlen stellen wir jedoch fest:

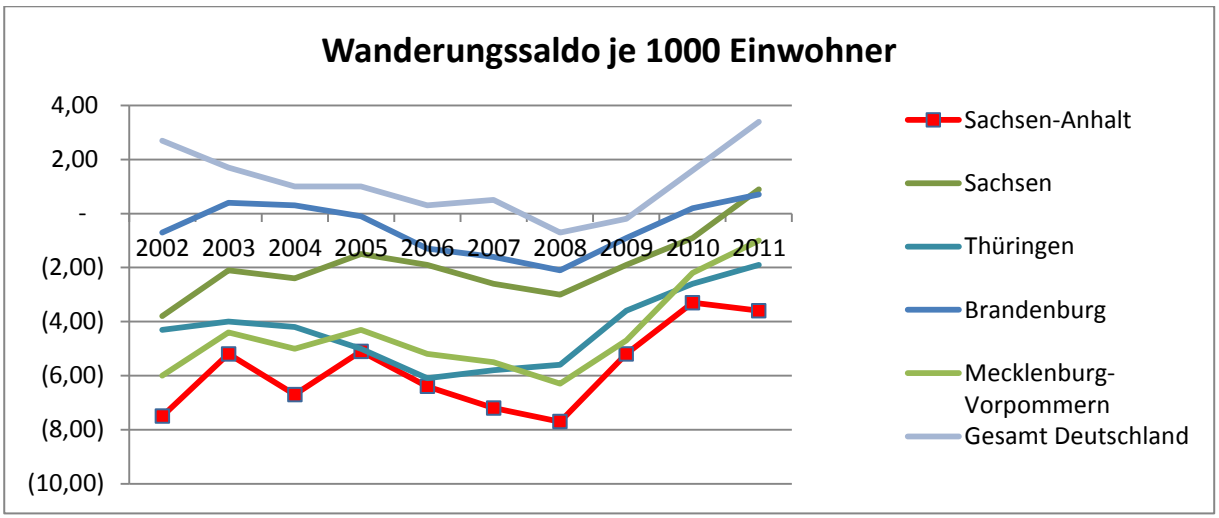
Seit 2002 gingen im Land insgesamt über 30.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verloren. Die Senkung der Arbeitslosigkeit ist kein Verdienst neu geschaffener Arbeitsplätze. Seit 2002 verlor das Land 300.000 Einwohner und hat bis heute die höchste Abwanderungsrate aller ostdeutschen Flächenländer. Arbeitslose verlassen das Land oder gehen in Rente, statt dass sie neue Beschäftigung in ihrer Heimat finden.

Die Quote von verloren Einwohnern zu verlorenen Arbeitsplätzen seit 2002 beträgt 10 zu 1.

Ein deutlicher Rückgang der Arbeitslosenquote zwischen 2002 und 2014 ist in allen ostdeutschen Flächenländern zu beobachten und kein spezifisches Verdienst der Landesregierung in Sachsen-Anhalt.



Quelle: Statistisches Bundesamt



Quelle: Strukturkompass Sachsen-Anhalt

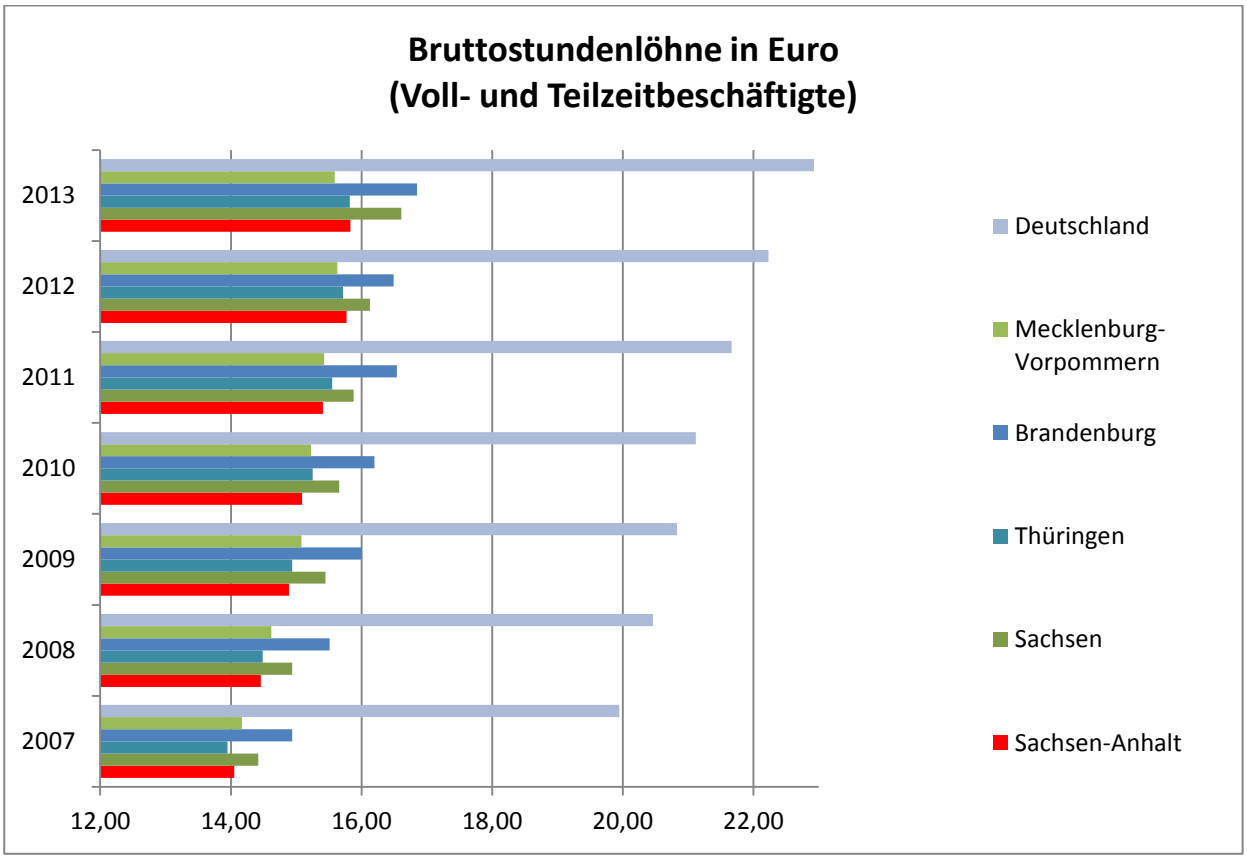
Sinkende Arbeitslosigkeit allein ist kein Zeichen dafür, dass es dem Land gut geht. Im Gegenteil, es ist unter anderem ein Ausdruck für den massenhaften Wegzug junger, gut ausgebildeter Menschen in den vergangenen Jahren. Diese finden noch immer viel zu häufig ihre Zukunftsperspektiven außerhalb Sachsen-Anhalts. Diesem Umstand muss die Landesregierung Rechnung tragen und Gute Arbeit und Gute Löhne fördern. Das hält junge Fachkräfte hier und die sind noch immer das größte Potential für Wirtschaftskraft und für den Erfolg der im Land ansässigen Unternehmen.

III. Bruttolöhne und prekäre Beschäftigung

Was im Gegenteil zur Bevölkerung und zum Arbeitsplatzangebot seit 2002 kontinuierlich wächst, ist die Zahl der Beschäftigten im Niedriglohnsektor. Der seit 1. Januar 2015 geltende Mindestlohn bringt Licht in dieses Dunkel. Der DGB schätzt, dass 285.000 Beschäftigte in Sachsen-Anhalt bisher weniger als 8,50 Euro pro Stunde verdient haben – das sind 34% aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten. Wie viel davon „gesicherte oder neue Arbeitsplätze“ durch Fördermittel des Landes waren, ist eine Frage, der sich die Landesregierung stellen muss.

Auch im Jahr 2014 zeigen sich die negativen Auswirkungen des Images als Niedriglohnland. Lange Zeit warb die Landesregierung mit diesem Image um potentielle Investoren: geringe Lohnstückkosten, niedrige Löhne, geringe Tarifbindung, geringe Mitspracherechte der Beschäftigten und billiges Bauland sollten hier Gewinne und ein gutes Investitionsklima versprechen. Eine solche Imagekampagne wirkt sich negativ auf das Land und seine Menschen aus und ist zu beenden. Gute Löhne und Gute Arbeit sind die Faktoren, die Menschen hier halten und letztlich Wirtschaftswachstum ins Land bringen.

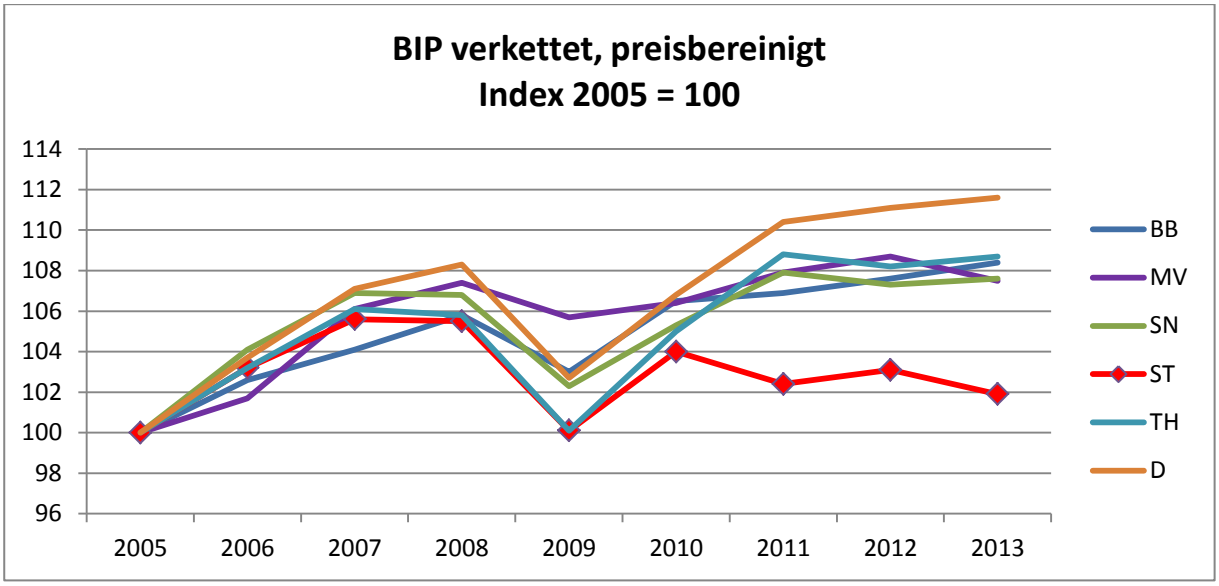
Zwar zeichnet sich im Diagramm der stetige Wachstumsprozess Sachsen-Anhalts und der ostdeutschen Flächenländer ab, doch der Bundesdurchschnitt wächst in mindestens gleichem Maße, sodass von einem Aufholprozess keine Rede mehr sein kann. Die Lücke zum Bundesdurchschnitt bleibt konstant bestehen. Bei den Stundenlöhnen aller Voll- und Teilzeitbeschäftigten liegt Sachsen-Anhalt im Ost-Länder-Vergleich noch immer an vorletzter Stelle, knapp vor Mecklenburg-Vorpommern.



Quelle: Statistisches Bundesamt – Fachserie zu Arbeitsverdiensten

IV. Bruttoinlandsprodukt und Arbeitsproduktivität

Die Zahlen des statistischen Landesamtes sowie der Vergleichenden Gesamtrechnung der Länder belegen, dass die wirtschaftliche Entwicklung Sachsen-Anhalts im Ländervergleich nun schon seit längerem hinterherhinkt. Die Wachstumsrate beim Bruttoinlandsprodukt bleibt ausgesprochen niedrig, wie die Daten belegen. Mit den BIP-Zahlen zum 1. Halbjahr 2014 wurde Sachsen-Anhalt (preisbereinigt +1,1%) wieder vom Saarland (preisbereinigt +2,1%) überholt und hat somit die insgesamt schwächste BIP-Entwicklung aller Bundesländer seit 2005 vorzuweisen Auch in der Prognose der NordLB für 2015 schneidet Sachsen-Anhalt mit 1,1 Prozent Wachstum unter dem Bundesdurchschnitt von 1,5 Prozent ab.



Quelle: Vergleichende Gesamtrechnung der Länder

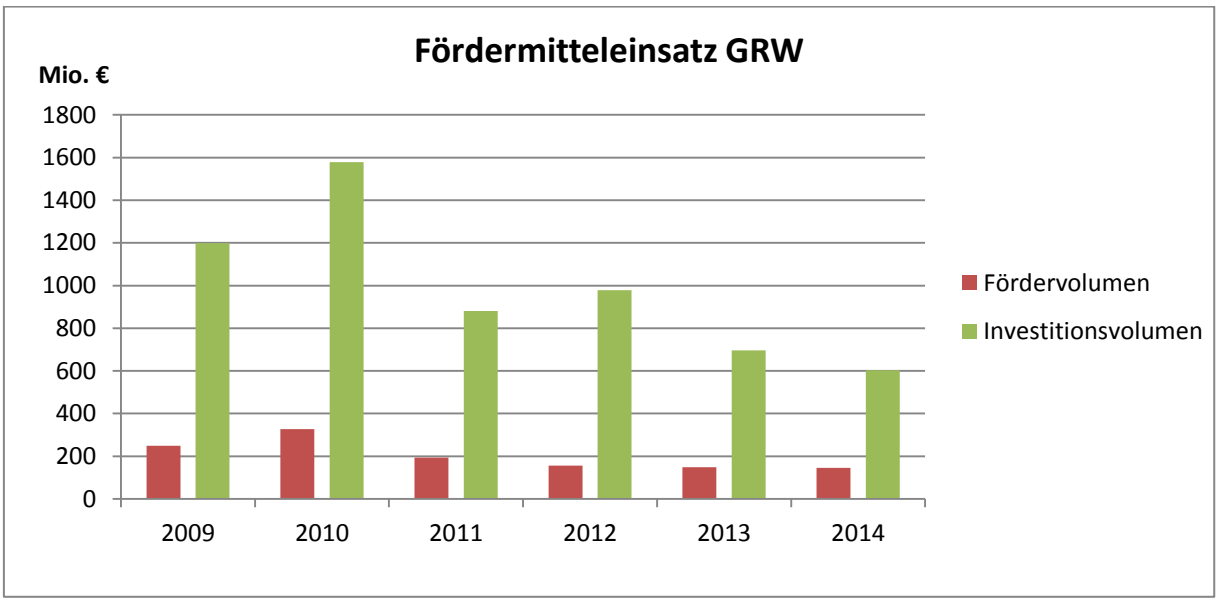
DIE LINKE erwartet, dass sich die Landesregierung dieser Tatsache selbstkritisch stellt. Die Ergebnisse belegen, dass die Wirtschaftsstrategie der Landesregierung wahrlich keine Erfolgsstrategie darstellt. Es wird zudem immer offensichtlicher, dass der Einsatz selbst großer Summen bei der Wirtschaftsförderung nicht zu neuer Qualität führt. Das ist in hohem Maße unbefriedigend, auch hier ist die Landesregierung zum Umdenken aufgefordert. Maßstab für die Wirtschaftsförderung muss Qualität und Gute Arbeit sein.

V. Forschung und Entwicklung

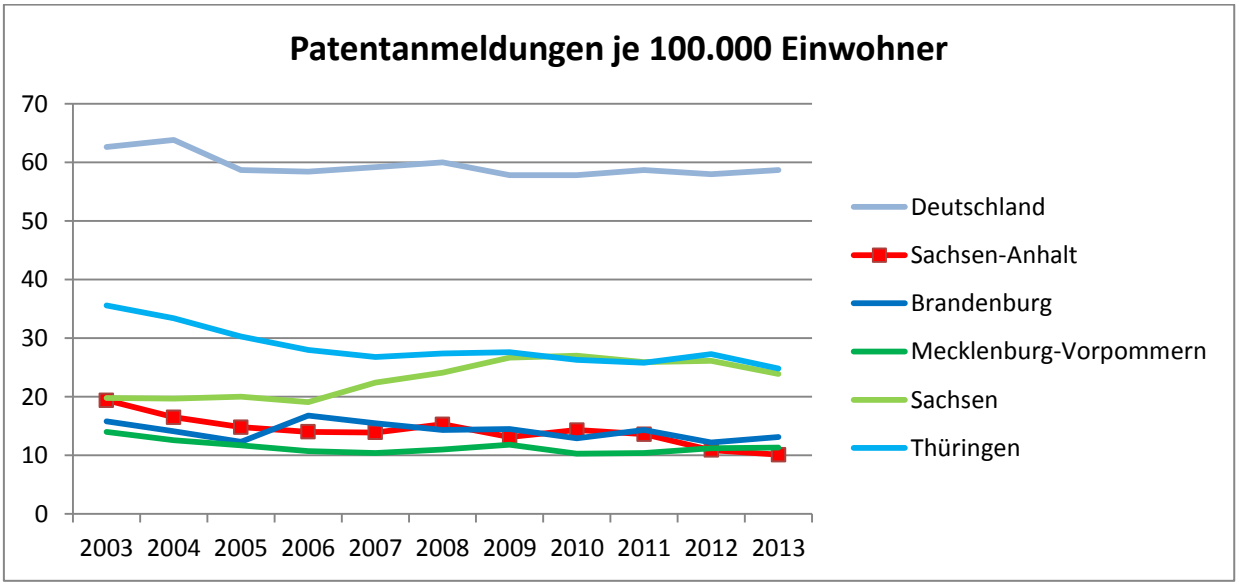
Die einseitig auf Wirtschaftsförderung gerichtete Wirtschaftspolitik der Landesregierung macht erneut das Dilemma deutlich, dass Hinweise auf staatliche Subventionen noch lange nicht den Kurs einer erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung beschreiben. Die Zahlen zu Investitions-bewilligungen und -volumina sowie zu Patentanmeldungen belegen, dass Unternehmer in Sachsen-Anhalt trotz niedriger Zinsen weniger Geld in die Hand nehmen, um zu investieren. Das ist ein negatives Signal für künftiges Wirtschaftswachstum. Ebenso sind die rückläufigen Patentanmeldungen ein schlechtes Signal, da Patente der Grundstein für nachfolgende Prozesse wie Produktion, Beschäftigung, Außenhandel und somit für zukünftige Wirtschaftskraft sein können.

Die Landesregierung hat die Patentförderung im Jahr 2011 abgeschafft. In der Folge brach die Zahl der Patentanmeldungen in Sachsen-Anhalt ein; im Jahr 2012 auf 250 und im Jahr 2013 auf 228 Patente pro Jahr. In den Vorjahren lag die Zahl der angemeldeten Patente konstant bei etwa 300 pro Jahr.

Die Fraktion DIE LINKE hat sich für eine Wiederaufnahme der Patentförderung eingesetzt und sieht in deren Abschaffung einen Grund für die einbrechenden Patentanmeldungen. Im Vergleich der Patentanmeldungen je 100.000 Einwohner, der so genannten Patentintensität ist Sachsen-Anhalt nicht nur das Schlusslicht der ostdeutschen Bundesländer, sondern hat auch im bundesweiten Vergleich die letzte Position inne. Diese Daten sind nicht nur ein schlechtes Signal für die künftige wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch ein Appell an die Landesregierung, die geringer werdenden Fördermittel künftig wieder effektiver und effizienter einzusetzen.



Quelle: Investitionsbank Sachsen-Anhalt



Quelle: Strukturkompass Sachsen-Anhalt

VI. Fazit

Ein Großteil der statistischen Daten zeigt, dass sich die klein- und mittelständisch geprägte Wirtschaft des Landes in den letzten Jahren auf stabiler Basis fortentwickelt hat. Angesichts der Größenordnung der eingesetzten Fördermittel und der relativ geringen Anzahl geförderter Betriebe erweist sich die Wirtschaftspolitik der Landesregierung höchstens als Beiwerk der weiteren Entwicklung der Wirtschaftskraft in Sachsen-Anhalt. Den deutlich überwiegenden Anteil erbringen die Unternehmen mit ihren Beschäftigten selbst. Und diese Leistung ist in einem komplizierten Marktumfeld nicht einfach zu realisieren, das betrifft sowohl den Binnenmarkt als Wachstumsgröße als auch die Exportchancen einheimischer Produkte.

Dass kleine und mittelständische Unternehmen, das Rückgrat der Wirtschaftskraft des Landes darstellen, ist keine neue Erkenntnis und das wird sich auch auf Dauer nicht ändern. Daher kommt die erst im November 2014 verkündete Mittelstandsoffensive der Landesregierung reichlich spät. Bereits mehrfach hat DIE LINKE im Landtag eingefordert, dass Informations- und Förderangebote wesentlich stärker auf die Belange kleiner und mittlerer Unternehmen zugeschnitten werden müssen, beispielsweise bei der Vernetzung und Vertiefung der Wertschöpfungsketten oder bei der Steigerung des Forschungs- und Entwicklungspotenzials durch weitere Kooperation mit Universitäten und Hochschulen. Mehr ist nicht zu leisten, aber eben auch nicht weniger.

DIE LINKE fordert weiterhin, dass Landesmittel vorrangig in Bereiche investiert werden, die nicht nur wenigen großen, sondern möglichst vielen Unternehmen zugutekommen, also in Aus- und Weiterbildung, Fachkräfteentwicklung, Forschung und Entwicklung oder regionale Infrastruktur.